

Klein, Dominique; Strunck, Susanne

**Die (Un-)Abhängigkeit von Wissenschaft - Politik - Medien. Bericht über die Festveranstaltung zum 100. Jahrgang der Zeitschrift "DDS - Die Deutsche Schule"**

*Die Deutsche Schule 100 (2008) 3, S. 369-374*



Quellenangabe/ Reference:

Klein, Dominique; Strunck, Susanne: Die (Un-)Abhängigkeit von Wissenschaft - Politik - Medien. Bericht über die Festveranstaltung zum 100. Jahrgang der Zeitschrift "DDS - Die Deutsche Schule" - In: Die Deutsche Schule 100 (2008) 3, S. 369-374 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-272671 - DOI: 10.25656/01:27267

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-272671>

<https://doi.org/10.25656/01:27267>

#### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

#### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

---

## **Berichte – Dokumente – Positionen**

**aus Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik  
und pädagogischer Praxis**

Reports – Documents – Positions  
from Educational Science, Educational Policy  
and Pedagogical Practice

---

Dominique Klein / Susanne Strunck

### **Die (Un-)Abhängigkeit von Wissenschaft – Politik – Medien**

**Bericht über die Festveranstaltung zum 100. Jahrgang  
der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“**

The (In)Dependence of Science, Policy and Media  
The 100<sup>th</sup> Anniversary of “Die Deutsche Schule” – Conference Report

„Es ist was los in der Republik“ – mit diesen Worten begrüßte Marianne Demmer, die stellvertretende Vorsitzende der GEW, die rund 60 Teilnehmer/-innen der gemeinsam mit dem Zentrum für Bildungs- und Hochschulforschung der Universität Mainz und der Max-Traeger-Stiftung organisierten Festveranstaltung zum 100. Jahrgang der DDS am 30. Mai 2008 im Erbacher Hof in Mainz. Damit stellte sie einen Bezug zur Aktualität der Diskussion um die Rolle von Wissenschaft, Politik und Medien bei der Gestaltung des deutschen Bildungswesens her, die derzeit in unterschiedlichen Kontexten geführt wird, etwa im Hinblick auf die Kontroverse um öffentliche Schulrankings und ihre mediale Aufbereitung und Veröffentlichung, aber auch mit Blick auf Kontroversen um die Konzeption und Interpretation von Ergebnissen internationaler Schulleistungsstudien innerhalb der erziehungswissenschaftlichen Zunft sowie unter Nutzung von Printmedien.

Die Rezeption und die Verarbeitung der Ergebnisse durch die Bildungspolitik und -administration einerseits, aber auch die Veränderung der Rolle der empirischen Bildungsforschung andererseits standen bei der Festveranstaltung der DDS im Zentrum. Wesentlich war dabei die Frage, ob sich seit der Publikation von Studien wie PISA und IGLU die Bildungspolitik – und mittelbar auch die Schullandschaft – verändert hat und welche Wirkung dabei die mediale Berichterstattung entfaltet hat. Die Bedeutung wechselseitiger Beeinflussungen von Politik, Medien und Wissenschaft hinsichtlich der Gestaltung von Institutionen und Bildungsstrukturen, aber auch eine mögliche Veränderung des Rollenver-

ständnisses der Erziehungswissenschaft, ihrer Forschungsansätze und ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung sollten dabei in den Blick genommen werden.

Die Festveranstaltung verknüpfte – auch im Hinblick auf die Rolle, die sie selbst an der Schnittstelle von Wissenschaft und pädagogischer Praxis spielen kann – zudem die aktuelle Bestandsaufnahme mit einem Rückblick auf 100 Jahrgänge Deutsche Schule im Spannungsfeld von Bildungspolitik, Wissenschaft, Gesellschaft und pädagogischer Praxis. So eröffnete Andreas Hoffmann-Ocon, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz (Zofingen/CH) die Tagung mit einer historischen Perspektive. In seinem Vortrag entwickelte er am Beispiel der Diskussion um die Akademisierung der Volksschullehrerbildung einen Überblick über Entwicklungsprozesse und Verschiebungen im redaktionellen Bereich der Konzeption der DDS seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. In doppelter Funktion als Verbandsorgan und wissenschaftliche Publikation verstand sich die DDS dabei zunächst als „Wegweiser“ im Schulwesen und bemühte sich insbesondere um eine kritische Auseinandersetzung mit sozialen Disparitäten der beginnenden Moderne und dem in der Bildungsverwaltung des Kaiserreichs vorherrschenden szientizistisch-technokratischen Verständnis von Erziehungswissenschaft. Als zentrale Zäsur in der Geschichte der DDS sieht Hoffmann-Ocon die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933: Bereits 1932 wurde ein neuer Schriftleiter gewählt, der aktiver Nationalsozialist war und der die DDS als offizielles Organ des NSLB weiterführte. Im Gegensatz dazu hat es Fachzeitschriften gegeben, die sich den NS-Machthabern nicht unterordneten. Inhaltlich zeigt sich die Zäsur in der DDS an der stark auf rassenbiologische Themen verengten Ausrichtung der DDS seit 1933 (vgl. Hoffmann-Ocon 2008). Nach ihrer Neubegründung 1956 orientierte sich die DDS eher an allgemeinpädagogischen Themen. Diese Orientierung spiegelt sich auch in der fortgesetzten Diskussion um die Volksschullehrerbildung an Hochschulen und Universitäten: Die Rolle der Erziehungswissenschaft im Spannungsfeld einer vorwissenschaftlichen Praxisnähe und einer reflektierenden Erziehungswissenschaft wurde in der DDS immer wieder aufgegriffen, auch vor dem Hintergrund der Frage, welche Aufgabe sie hinsichtlich der politischen Bildungsplanung haben kann. Mit der Forderung nach einem „Dialogmodell“ für die Bildungsplanung, das auch die öffentliche Meinung als „kontrollierenden“ Partner einbezieht, erscheint ein Beitrag Gottfried Preisslers aus den 1960er Jahren auch heute noch aktuell. Die DDS sah sich hier sowohl als Medium der Diskussion bildungspolitischer Richtungsentscheidungen (etwa im Zusammenhang mit der Förderstufe) als auch als Ort der Kommunikation wissenschaftlicher Entwürfe für die pädagogische Praxis. Das Ziel einer wissenschaftlichen Fundierung aktueller Diskussionen und einer Orientierung hinsichtlich vielfältiger Entwicklungsprozesse im Bildungswesen kann insofern – so Hoffmann-Ocon – bis heute als zentrales Anliegen der DDS verstanden werden, die auf diese Weise kontinuierlich ihre Position an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Praxis gewahrt hat.

Christina Holtz-Bacha, Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, ergänzte im Anschluss die historische Aufar-

beitung um eine kommunikationswissenschaftliche Perspektive auf Formen des Zusammenspiels der wechselseitig verschränkten Systeme Politik, Wissenschaft und Medien. Von zentraler Bedeutung seien dabei die unterschiedlichen Codes und Sinnorientierungen dieser Systeme: Während die politischen Entscheidungsträger zentral Erhalt und Sicherung von Macht und Einfluss für die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse fokussieren, steht für die Wissenschaft die – empirisch abgesicherte – Ermittlung von „Wahrheit“ im Mittelpunkt. Die Massenmedien wiederum machen ihren gesellschaftlichen Einfluss durch die Kommunikation von Inhalten in der Öffentlichkeit geltend. Gerade Ergebnisse von Leistungsvergleichsstudien, die in scheinbarer Eindeutigkeit in Form von Rankings Aufschluss über die Qualität des Bildungswesens geben sollen, bieten sich dabei für die Darstellung in den Massenmedien an. Die im Anschluss an die Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse einsetzende öffentliche Auseinandersetzung mit Ursachen und Konsequenzen und damit letztlich auch mit der Interpretationshoheit über Forschungsbefunde spiegelt jedoch die Problematik einer solchen Berichterstattung wie auch der gegenseitigen Abhängigkeit der Systeme Politik, Wissenschaft und Medien wider. So bezeichnete Holtz-Bacha – in Anlehnung an Karlheinz Ingenkamps 2002 veröffentlichten Artikel „Die veröffentlichte Reaktion auf PISA: ein deutsches Trauerspiel“ – nicht die Ergebnisse selbst, sondern vielmehr die Reaktionen auf PISA als „wahre Katastrophe“. Nicht zuletzt die Wissenschaft steht hier vor der Herausforderung, die eigene Rolle gegenüber Politik und Medien zu hinterfragen. Gerade die Auseinandersetzung um die Auswertung der Ergebnisse der Bildungsforschung und der Dissens der Experten scheinen eine Beratungsfunktion der Wissenschaft aufzuweichen. Die Revidierbarkeit wissenschaftlichen Wissens und die Pluralität von Deutungsmustern können dabei jedoch auch konstruktiv wirken und gerade durch Offenheit – und Öffentlichkeit – neue Debatten und Entscheidungen erst ermöglichen. Eine Empfehlung Holtz-Bachas an die Wissenschaft ist hier die Beachtung der Medienrealität, die letztlich für die Auswahl von Nachrichten relevant wird. Ein wesentliches Anliegen der Journalisten sei dabei insbesondere eine bessere Verständlichkeit der Forscher. Auch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit kann dazu beitragen, Wissenschaft und Forschungsergebnisse zum einen nicht zu instrumentalisieren und zum anderen den öffentlichen Diskurs zu objektivieren.

In der anschließenden Podiumsdiskussion zum gegenseitigen Einfluss von Bildungspolitik, Erziehungswissenschaft und Medien wurden viele der bereits angesprochenen Aspekte und Fragen aufgenommen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen vor allem die OECD-Leistungsvergleichsstudie PISA und die Frage, ob und wie Bildungspolitik adäquat auf die Befunde von (international) vergleichenden Kompetenztests reagieren kann.

Als Vertreter der Wissenschaft ging der Bielefelder Bildungsforscher Klaus-Jürgen Tillmann dabei zunächst der Frage nach, auf welche Weise Bildungspolitik und -verwaltung auf die Veröffentlichung von Ergebnissen aus empirischen Studien vorbereitet sind und auf sie reagieren. Im Kontext des Forschungsprojekts „Ministerielle Steuerung und Leistungsvergleichsstudien

(MISTEL)“ beschrieb Tillmann exemplarisch, welche Handlungsformen sich in den Ländern Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen nach der Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2000 beobachten ließen (vgl. Tillmann u.a. 2008). Im Zentrum der Studie stand u.a. die Auswertung der PISA-Berichterstattung (vgl. Tillmann 2008) und die Wirkung der Berichterstattung auf die Handlungsweisen der Bildungspolitik. Entsprechende Effekte lassen sich auf der Grundlage der von der OECD formulierten Funktion von PISA erwarten, nämlich empirisch gesicherte Erkenntnisse zur Unterstützung schulpolitischer Entscheidungen zu generieren (vgl. OECD 2001). Tatsächlich, so Tillmann, ist die Veröffentlichung in erster Linie zum Medienereignis geworden: Auf diese Weise zum Gegenstand des öffentlichen Interesses gemacht, hat die Bildungspolitik keine andere Wahl gehabt, als die Befunde aufzugreifen und ebenfalls in der Öffentlichkeit möglichst zeitnah darauf zu reagieren. Gerade dieser Zeitdruck lässt eine Entscheidung auf Basis einer differenzierten Datenanalyse nicht zu. Der Umgang mit den Ergebnissen der PISA-Studie zeigt beispielhaft, dass bildungspolitische Entscheidungen oftmals gerade nicht auf Basis wissenschaftlicher Befunde getroffen werden, sondern vielmehr bereits entschiedene oder bestehende Maßnahmen und Programme an die Befunde angebunden werden. So waren Maßnahmen wie flächendeckende Lernstandserhebungen in einigen Bundesländern bereits vor PISA geplant, wurden danach aber als Reaktion auf PISA präsentiert, beziehungsweise in Anlehnung an die von der KMK beschlossenen Handlungsfelder die Kontinuität der eigenen Bildungspolitik betont. Statt Steuerungswissen zu liefern, erzeugen wissenschaftliche Befunde wie die – öffentlich stark wahrgenommenen – Ergebnisse der PISA-Studie in erster Linie Legitimationsdruck, aber auch Legitimationsmöglichkeiten für Bildungspolitik. Der politische Umgang mit solchen Befunden folgt daher nicht einer wissenschaftlichen, sondern einer eigenen politischen Logik, die vor allem auf die Sicherung von Macht und Einfluss abzielt und deshalb Maßnahmenentscheidungen häufig in Hinblick auf ihre Öffentlichkeitswirkung und das jeweilige Stimmungsbarometer innerhalb der Wählerschaft trifft, nicht aber, weil ihre Wirkung empirisch belegbar ist.

Während Tillmann insbesondere die Wechselwirkungen zwischen Medien und Politik darstellte, betonte Kate Maleike, Moderatorin beim Deutschlandfunk, als Vertreterin der Medien das „Publikum“ als vierten Pfeiler in dem von Christina Holtz-Bacha angesprochenen Beziehungsgefüge Politik – Wissenschaft – Medien. Im Zusammenhang mit einer steigenden „PISA-Verdrossenheit“ schlug sie den Bogen zurück zur aktuellen Diskussion um die vermeintlichen Glaubwürdigkeitseinbußen der empirischen Bildungsforschung. Mit Blick auf den Dissens im öffentlichen Diskurs um die PISA-Ergebnisse und vor allem auf aktuelle Streitpunkte bezüglich der Veröffentlichung und Kommentierung von Daten forderte sie einen konstruktiven Dialog zwischen den Akteuren.

Im dritten Podiumsbeitrag skizzierte Staatssekretär a. D. Wolf-Michael Catenhusen als Vertreter der Politik die Wendung von der geisteswissenschaftlich orientierten Erziehungswissenschaft hin zur empirischen Bildungsforschung und stufte den Trend hin zur Nutzung evidenzbasierten Wissens als eine inter-

nationalen Strömungen folgende Best Practice-Orientierung ein, die dazu beitragen kann, den „ideologischen Überbau“ des deutschen Schulsystems abzubauen. Dieser Trend ist in der Bundesrepublik erst mit der so genannten „empirischen Wende“ (vgl. Lange 1999) seit Ende der 1990er Jahre zu beobachten. Catenhusen betonte in diesem Zusammenhang, dass der Verzicht auf eine Beteiligung an internationalen Leistungsvergleichsstudien in der KMK insbesondere durch den befürchteten Rechtfertigungsdruck zu erklären gewesen sei. Mit dieser Aussage versuchte Catenhusen einen Begründungsansatz für die „PISA-Hysterie“ zu entwickeln: PISA habe gerade deshalb eine so starke öffentliche Resonanz erzielt, weil die Ergebnisse das deutsche Bildungssystem, das im internationalen Vergleich durch seine Dreigliedrigkeit hervorsteicht, in Frage gestellt und das „Weiter so!“ der deutschen Bildungspolitik bedroht habe. Als wesentliche Aufgabe für die Zukunft bezeichnete Catenhusen deshalb die Frage, wie mit dem Wissen aus Kompetenzmessungen umzugehen ist. Deutlich wurde an dieser Stelle noch einmal, dass Wissen allein keine Handlungsstrategien bietet; stattdessen muss auch Expertise entstehen, um die in den Daten enthaltenen Entwicklungsaufgaben formulieren zu können. Nicht zuletzt der Bund kann außerdem noch stärker als „unabhängiger“ Auftraggeber zur Erhebung von bildungsrelevanten Daten zum bildungspolitischen Akteur werden und Datenstrukturen angleichen

Im Anschluss an die Ausführungen der drei Podiumsteilnehmer bot Moderator Jochen Schweitzer dem Plenum Raum für Anmerkungen und Rückmeldungen zu den Vorträgen. Folgende zentrale Entwicklungsaufgaben wurden dabei benannt: An erster Stelle wurde in direktem Bezug auf die Podiumsbeiträge eine Stärkung der „Verarbeitungskompetenz“ innerhalb der Ministerien gefordert. In diesem Zusammenhang wurde zum einen der kaum noch zu verarbeitende Umfang der Daten aus Studien wie PISA und TIMSS hervorgehoben; zum anderen wurde die Entwicklung von Expertise innerhalb der Administration gefordert, damit diese in der Lage ist, Daten zu begreifen und zu verarbeiten. Hier ist aber ebenso die Wissenschaft gefordert, die Wege finden muss, Wissen entsprechend aufzubereiten. Daran anknüpfend wurde die von Marianne Demmer so bezeichnete „Skepsis“ und „Verunsicherung“ in der Öffentlichkeit im Hinblick auf Chancen und Grenzen der empirischen Bildungsforschung benannt. Besonderer Handlungsbedarf besteht hier in der Entwicklung einer wissenschaftlichen Diskussions- und Streitkultur, wie sie etwa in den USA zu sehen ist. Foren für eine solche Diskussion können insbesondere wissenschaftsjournalistische Formate sein, um verschiedene Interpretationsmuster auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als Hindernis, sondern als Optimierungspotenzial erscheinen zu lassen. Dies beinhaltet aber auch das Aufdecken fehlender ethischer Standards im Umgang mit Daten.

Mit der Forderung nach einer Ent-Ideologisierung der Bildungspolitik wurde als zweiter zentraler Schwerpunkt der Diskussion die Strukturdebatte innerhalb des deutschen Bildungssystems aufgegriffen. Während generell diskutiert wurde, ob empirische Befunde die Bildungsideologien der parteipolitischen Lager verringert oder einfach nur verschoben haben, wurde die Strukturde-

bate als „letzte Kontroverse“ zwischen den sich in Bildungsfragen immer weiter annähernden Bundesländern erkannt. Abschließend wurde von Seiten der Lehrer- und Elternverbände insbesondere die Suche nach praktikablen Lösungsansätzen für unterschiedliche Problembereiche als wesentliche gemeinsame Aufgabe von Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogischer Praxis betont. Die Frage danach, wie Förderung, etwa von Migranten, eigentlich aussehen und gelingen kann und welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -entwicklung im Bildungswesen sich als geeignet erweisen, bleibt daher aktuell und Teil der öffentlichen Diskussion. Als Empfehlungen für die DDS blieb von den Podiumsteilnehmern schließlich festzuhalten, dass die Fachzeitschrift als „Dorn im Fleisch“ (Kate Maleike) weiterhin vice versa den Dialog und die Kontroverse zwischen Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogischer Praxis ermöglichen soll, sich aber auch immer wieder die Frage nach ihrer konzeptionellen Ausrichtung sowie ihrer Zielgruppe stellen muss, um weiterhin die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Bildungswesen herstellen zu können.

## Literatur

- Hoffmann-Ocon, A. (2008): „Die Deutsche Schule“ im Nationalsozialismus. Ein dunkles Kapitel wird beleuchtet. In: Die Deutsche Schule 100 (2008) H. 2, S. 190-205.
- Lange, H. (1999): Qualitätssicherung in Schulen. In: Die Deutsche Schule 91 (1999) H. 2, S. 144-159.
- OECD (Hg.) (2001): Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000. Paris: OECD Publications.
- Tillmann, K.-J. (2008): Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik – von den 1970er Jahren zur PISA-Zeit. In: Die Deutsche Schule 100 (2008) H. 1, S. 31-42
- Tillmann, K.-J. / Dederich, K. / Kneuper, D. / Kuhlmann, C. / Nessel, I. (2008): PISA als bildungspolitisches Ereignis. Fallstudien in vier Bundesländern. Wiesbaden: VS-Verlag (in Druck).

*Dominique Klein*, geb. 1982; Studium der Fächer Englisch, Sozialwissenschaften sowie Erziehungswissenschaft für das Lehramt der Sekundarstufen I und II an der Universität Duisburg-Essen; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft in der AG Schulforschung / Schulpädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

*Susanne Strunck*, geb. 1983; Studium der Fächer Deutsch, Geschichte, Französisch sowie Erziehungswissenschaft für das Lehramt an Gymnasien in Mainz und Lausanne; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft in der AG Schulforschung / Schulpädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Anschrift beider Autorinnen: Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich 02  
Institut für Erziehungswissenschaft, 55099 Mainz  
E-Mail: dominique.klein@uni-mainz.de; strunck@uni-mainz.de